

Es informiert Sie Frau Trachte

An die Vorsitzende des Rates der Stadt Wuppertal
Frau Oberbürgermeisterin Miriam Scherff
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6272
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 04.05.2026

Antrag

Drucks. Nr. VO/0554/26
öffentlich

Zur Sitzung am
07.05.2026

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Ergänzungsantrag zum Haushaltssicherungskonzept „Strategische Neuordnung und Effizienzsteigerung im Konzern Stadt,,

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die FDP/WFW-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Rat möge folgenden Beschluss zum HSK fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Überprüfung des Beteiligungsportfolios

eine umfassende Analyse aller städtischen Beteiligungen vorzunehmen mit dem Ziel,

- Effizienzpotenziale zu identifizieren,
- den Zuschussbedarf nachhaltig zu senken,
- und die strategische Rolle jeder Gesellschaft im „Konzern Stadt“ klar zu definieren.

2. Bündelung von Querschnittsaufgaben (Shared Services)

darzustellen, welche Leistungen innerhalb der Beteiligungen künftig zentral oder gebündelt erbracht werden können, insbesondere:

- Personalverwaltung
- IT und Digitalisierung
- Einkauf und Vergabe

- Rechnungswesen / Controlling

Ziel ist die Reduzierung von Doppelstrukturen und eine deutliche Senkung der Kosten je Gesellschaft.

3. Zielbild „Konzern Stadt“ und Steuerungsstruktur

ein Zielbild für eine moderne Konzernsteuerung zu entwickeln, das folgende Elemente umfasst:

- klare Governance-Strukturen (z. B. Holding-Ansatz)
- verbindliche Zielsysteme für alle Beteiligungen
- standardisierte und transparente Berichtspflichten

4. Prüfung struktureller Neuordnungen

konkrete Vorschläge zur strukturellen Weiterentwicklung des Beteiligungsportfolios zu erarbeiten, insbesondere:

- Zusammenlegung von Gesellschaften mit ähnlichen Aufgaben
- Reduzierung von Parallelstrukturen
- Auflösung nicht zwingend erforderlicher Einheiten

5. Szenarienanalyse Gebäudemanagement

eine vergleichende Analyse zur zukünftigen Organisation des Gebäudemanagements vorzulegen, unter Einbeziehung folgender Optionen:

- Fortführung der bestehenden Struktur
- vollständige oder teilweise Fremdvergabe
- Rückführung in die Kernverwaltung (z. B. als Hochbauamt)

Die Auswirkungen auf Kosten, Qualität, Steuerungsfähigkeit und Flexibilität sind jeweils darzustellen.

6. Einführung eines verbindlichen Beteiligungscontrollings

ein standardisiertes Kennzahlensystem für alle Beteiligungen einzuführen, das:

- wirtschaftliche Zielgrößen definiert
- Vergleichbarkeit herstellt
- einen regelmäßigen Bericht an den Rat sicherstellt

7. Umsetzung von Best-Practice-Modellen

die Erfahrungen erfolgreicher Kommunen systematisch auszuwerten und auf die örtlichen Strukturen zu übertragen, insbesondere:

- Freie und Hansestadt Hamburg (Shared Services / Konzernsteuerung)
- Stadtwerke Köln (Holding- und Bündelungsstrukturen)
- Stadt Mannheim (Beteiligungscontrolling)

- ITDZ Berlin (IT-Zentralisierung)

8. Verbindlicher Umsetzungsfahrplan

die Ergebnisse in einem konkreten Maßnahmenkatalog mit:

- Priorisierung
- Zeitplan
- quantifizierten Einsparzielen vorzulegen.

Begründung:

Die angespannte Haushaltslage erfordert strukturelle Reformen statt kurzfristiger Einzelmaßnahmen. Der „Konzern Stadt“ bietet erhebliche, bislang nicht ausgeschöpfte Potenziale zur Effizienzsteigerung.

Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass insbesondere:

- die Bündelung von Querschnittsaufgaben,
- eine klare zentrale Steuerung,
- sowie die Reduzierung gewachsener Parallelstrukturen

zu nachhaltigen finanziellen Entlastungen führen.

Die bisherige Struktur vieler kommunaler Beteiligungen ist häufig historisch gewachsen und führt zu Doppelstrukturen, erhöhtem Koordinationsaufwand und vermeidbaren Kosten. Gleichzeitig bestehen Defizite in Transparenz und Steuerungsfähigkeit.

Ziel dieses Antrags ist es daher, die Beteiligungen nicht isoliert zu betrachten, sondern als integrierten „Konzern Stadt“ strategisch weiterzuentwickeln. Dabei steht nicht die Organisationsform im Vordergrund, sondern die Frage, wie Leistungen am effizientesten und wirtschaftlichsten erbracht werden können.

Durch einen verbindlichen Umsetzungsfahrplan wird sichergestellt, dass identifizierte Potenziale nicht nur analysiert, sondern auch tatsächlich realisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Karin van der Most
Fraktionsvorsitzende